

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 23614

Bestellt nach mit Aufträgen der Fern- und Postämter nachmittags 5 Uhr für den nächsten Tag. Preis pro Quartal 4,00 Mk., für den Rest des Jahres 12,00 Mk. Die Fernsprecher und Postämter sind an den Tagen der Ausgabe zu öffnen. Im Falle einer Erkrankung oder sonstiger Unmöglichkeit der Abholung ist der Besteller verpflichtet, die Abholung zu veranlassen.



Interessenten sind die für die gegebenen Anzeigen oder deren Raum, Leistungen zu Mk. 1,00, 2,00, 3,00, 4,00, 5,00, 6,00, 7,00, 8,00, 9,00, 10,00, 11,00, 12,00, 13,00, 14,00, 15,00, 16,00, 17,00, 18,00, 19,00, 20,00, 21,00, 22,00, 23,00, 24,00, 25,00, 26,00, 27,00, 28,00, 29,00, 30,00, 31,00, 32,00, 33,00, 34,00, 35,00, 36,00, 37,00, 38,00, 39,00, 40,00, 41,00, 42,00, 43,00, 44,00, 45,00, 46,00, 47,00, 48,00, 49,00, 50,00, 51,00, 52,00, 53,00, 54,00, 55,00, 56,00, 57,00, 58,00, 59,00, 60,00, 61,00, 62,00, 63,00, 64,00, 65,00, 66,00, 67,00, 68,00, 69,00, 70,00, 71,00, 72,00, 73,00, 74,00, 75,00, 76,00, 77,00, 78,00, 79,00, 80,00, 81,00, 82,00, 83,00, 84,00, 85,00, 86,00, 87,00, 88,00, 89,00, 90,00, 91,00, 92,00, 93,00, 94,00, 95,00, 96,00, 97,00, 98,00, 99,00, 100,00.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Rößig, für den Inserententeil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 286.

Freitag den 10. Dezember 1920.

79. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Stromversorgung.

Während der am letzten Montag in Gröba stattgehabten Besprechung über die derzeitigen Mängel in der Stromversorgung im Gebiet des Elektrizitätsverbandes Gröba ist die von der Amtshauptmannschaft in letzter Zeit bereits wiederholt erhobene Forderung auf Abhilfe erneut geltend gemacht und, nachdem eine weitere Einschränkung der Stromzufuhr an die Lauchhammerwerke zu Gunsten des Elektrizitätsverbandes Gröba für unmöglich erklärt wurde, die sofortige Hilfe durch Stromzuführung aus den staatlichen Elektrizitätswerken (Vierfeld) beantragt worden. Die Notwendigkeit dieser Hilfe, für die die technische Möglichkeit gegeben ist, weil die Leitungsanlage des Elektrizitätsverbandes Gröba mit dem Stromnetz des Staates bereits gekuppelt ist, ist von allen Seiten, insbesondere auch von den Vertretern des Arbeitsministeriums und des Landesvolkswirtschafts anerkannt worden. Es besteht die Hoffnung, daß dem Verlangen in nächster Zeit entsprochen werden und alsdann eine leichte Besserung in den Stromverhältnissen eintreten wird.

Die vom Elektrizitätsverband Gröba vorgeschriebenen Einschränkungen in der Strombenutzung müssen aber auch weiterhin eingehalten werden. Soll nicht die ganze Strom-

versorgung in Frage gestellt werden, muß sich insbesondere jeder landwirtschaftliche Betrieb streng an die Drehordnung halten. Zuwiderhandlungen gegen die Drehordnungen haben eine Überbelastung der Leitung und der Zentrale in Gröba zur Folge, die zu neuen Störungen der Maschinen und einer weiteren Verminderung der Leistung führen müssen. Jeder landwirtschaftliche Betrieb, der von jetzt ab gegen die Drehordnung verstößt, hat zu gewärtigen, daß ihm der Elektrizitätsverband Gröba den Strom für einige Zeit ganz abschaltet.

Inwiefern das vom Landesvolkswirtschaftsamt und vom Elektrizitätsverband Gröba empfohlene Nachdrehen durchführbar ist, wird sich nach den Verhältnissen der einzelnen Betriebe richten. In verschiedenen Betrieben ist man bereits mit Erfolg zum Nachdrehen übergegangen. Da die Motoren in der Nacht ungehindert laufen und durch das Nachdrehen eine Entlastung der Zentrale in Gröba herbeigeführt wird, wird anheimgegeben, die Frage zu prüfen, ob nach den Verhältnissen des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebes nicht doch der Nachdruck durchführbar ist.

Meissen, am 8. Dezember 1920.

655 W.

Die Amtshauptmannschaft.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Entente-Kommission in Opatowitz hat den deutschen Antrag auf Ausweisung Korfants aus Oberschlesien abgelehnt.
- Die Mehrheit der ungarischen Nationalversammlung beschließt, den Erzherzog Josef zum König zu wählen.
- Nach einer französischen Blättermeldung hat die griechische Regierung an König Konstantin die Bitte gerichtet, auf den Thron zu verzichten, um seinen Sohn zu verdrängen.
- Japan beantragt, die Frage der deutschen Rabel in der Ostsee dem Völkerbund zu unterbreiten.

Beamtenstreik?

Im frühlichen Weihnachtsfest wird den Beamten diesmal nicht beschieden sein. Darin wird es freilich ihren Brüdern und Schwestern in Deutschland auch sonst zum Teil nicht besser gehen. Aber sie glauben, noch ganz besonderen Grund zur Unzufriedenheit zu besitzen, und es sieht fast so aus, als wolle ihre Mißstimmung sich in einer, für alle Beteiligten recht gefährlichen Aktion Luft machen. Die seit vielen Monaten schwebenden Besoldungsfragen gehen endlich ihre gesetzliche Regelung entgegen, und es zeigt sich, daß auch diesmal wieder sehr wesentliche Wünsche der Beamten nicht erfüllt werden können. In Süddeutschen Volkskreisen hat daraufhin die sogenannte passive Resistenz eingesetzt, die, wenn es nicht anders sein kann, zu offenem Streik getrieben werden soll. Die großen Beamtenverbände sind auf dem Sprung, entscheidende Entschlüsse zu fassen, und sie scheuen sich nicht, von der Gefahr der Arbeitsbeeinträchtigung zu sprechen, die man als letztes Deutsmittel anwenden würde, wenn alle Vorstellungen bei den gesetzgebenden Körperschaften nicht helfen sollten. Wir sind also wieder einmal auf einen kritischen Wendepunkt unseres innerpolitischen Lebens angelangt.

Es ist, sagen die Beamten, immer daselbe: unserer Forderungen erinnert man sich, sie mögen noch so dringlich sein, erst in letzter Linie. Dann ist der Staatshaushalt durch die Unsummen sonstiger Bewilligungen und Ausgaben schon so sehr verbelastet, daß für uns nur noch ein flüchtiger Rest übrig bleibt. Inzwischen ist aber auch so viel Zeit verstrichen, daß der Notstand, der uns zur Aufstellung neuer Gehaltsätze gezwungen hat, sich tausendfach verschlimmern mußte. Und da die ungeheure Fülle des Beamtenheeres die unendlichen Überlegungen und Berechnungen zur Unzeit macht, hat sich unsere Lage, wenn endlich der Zeitpunkt der Bewilligung gekommen ist, so erheblich verschlechtert, daß uns mit dem, was uns zugedacht wird, gar nicht mehr geholfen werden kann. Diese Erfahrung haben wir schon oft genug gemacht, jetzt aber, bei der unheimlich fortschreitenden Entwertung des Geldes, können wir dieser Entwicklung nicht mehr wie früher mit stummer Ergebenheit zustimmen.

Uns steigt das Wasser bis zum Hals, und wenn wir nicht schwimmen, so laßt und vernachlässigt, als unsere schwachen Kräfte es überhaupt zulassen, dann sind wir verloren. Wenn die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches und der Gemeinden ist begrenzt, aber wir können nicht immer die Opfer dieser Ungleichheit sein, wie wir es bisher gemacht haben. Kein anderer Stand nimmt auf diese Notlage Rücksicht; nicht die Großindustrie, nicht der Handel, nicht der Verbraucher, und gerade wir, die auf feste Bezüge angewiesen sind, die seit lange schon nicht hinreichen, um auch nur die notwendigen Ausgaben zu bestreiten, gerade wir sollen uns duden und ruhig abwarten, bis die Fülle des Geldes über uns und unsere Familien vollends zusammenbricht? Nein, dazu wollen und dürfen wir uns nicht hergeben, das widersteht allem menschlichen und göttlichen Recht. Wo alles freit, um zu erreichen, was das Lebens Notwendigkeit heutzutage erfordert, werden auch wir schließlich streiken dürfen, um uns selbst und unsere Arbeitskraft für die Gesamtheit zu erhalten.

Es geht so aus, als sollte es diesmal nicht bloß bei den Besoldungsfragen, sondern bei der Reichsfinanzminister und bei sämtlichen betroffenen Reichsbeamten vorzugehen sein.

sciarer Amtsdrohungen in die Bewegung eingegriffen. Disziplinarverfahren gegen den Beamten, der nicht seiner Dienstpflicht nachkommt, mit dem Ziel der Entlassung, fruchtlos. Entwertung derjenigen Hilfskräfte, die auf Verbot verweigert sind. Das scheint geholfen zu haben, denn schon wird aus Süddeutschland gemeldet, daß die passive Resistenz der Volksbeamten im Abflauen begriffen sei. Aber auch die Reichsregierung will sich keiner Pflichtverletzung schuldig machen. Sie betont in einer amtlichen Veröffentlichung, daß sie nach wie vor auf dem Boden der von der preussischen Staatsregierung im Einvernehmen mit der damaligen Reichsregierung am 20. Februar 1920 abgegebenen Erklärung stehe, deren Wortlaut abermals bekannt gegeben wird, um alle, die es angeht, noch recht nachdrücklich in Erinnerung gebracht zu werden. Sie läßt darauf hinaus, daß die Beamten durch ein besonderes Kreuzverhältnis an den Staat gebunden sind und deshalb ein Streikrecht nicht für sich in Anspruch nehmen können.

Wenn, das Koalitionsrecht besitzen sie, wie alle übrigen Staatsbürger auch, aber das Recht, auf Staat und Gemeinden durch Niederlegung der Arbeit einzuwirken, um ihren Willen durchzusetzen, siehe ihnen nicht zu, weil dadurch die öffentliche Verwaltung vollends lahmgelegt werden würde, und weil ihnen jederzeit der Weg zu den parlamentarischen und kommunalen Vertretungen offenstehe, die die Kontrolle über die Verwaltung ausüben haben. Ein Beamter, der freit, mache sich des unentschuldigsten Verbleibens vom Dienste schuldig und habe alle Folgen dieses rechtswidrigen Verhaltens zu tragen. Ein Unerschwiebliches zwischen dem Verbleiben von der Arbeitsstätte und der sogenannten passiven Resistenz könne nicht anerkannt werden. Auch diese werde die gleichen Folgen nach sich ziehen. Das ist der Wille der jetzigen Reichsregierung, wie es der Wille der vorigen gewesen ist. Am 20. Februar 1920 hatten wir im Reich wie in Preußen Regierungen, die unter maßgebender sozialdemokratischer Führung standen, man wird also den heutigen Erfolg nicht als reaktionär verunglimpfen können. So denkt Herr Fehrenbach, so denken seine Ministerkollegen.

Ob aber die Beamten sich bei dieser Verwarnung beruhigen wird? Mit den Reichstagsparteien sind neue Verhandlungen eingeleitet, der von der Regierung gewünschte Weg ist also beschritten worden. Aber wie, wenn er nicht zum Ziele führt? Wenn zwar der gute Wille, zu helfen, vorhanden ist, die Möglichkeit zu seiner Durchführung aber absolut nicht gefunden werden kann? Das sind schwere Gewissensfragen. Es scheint fast so, daß auf diesem Gebiete, ebenso wie auf vielen anderen, zwar die Stelle, wo uns der Schuh drückt, sehr genau zu erkennen ist, daß aber kein Mensch zu sagen weiß, was werden soll.

Die Mindestforderungen.

Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangehörten-Gewerkschaften, der dem Deutschen Gewerkschaftsbund (Vorstand: Wohlfahrtsminister Stegerwald) angeschlossen ist, hat der Regierung und dem Reichstag folgende Mindestforderungen überreicht:

Allgemeine Erhöhung des Teuerungszuschlages für familiäre Beamte, besondere Fürsorge für die kinderreichen Familien, besondere Fürsorge für die Beamten in den Industriebezirken Rheinlands, Westfalens, Sachsens und Oberschlesiens, sofortige Inanspruchnahme des neuen Ostpreußenvertrages in der Weise, daß einflußreich für die Orte über 10 000 Einwohner die neue Einstellung finanziell wirksam gemacht wird, Auszahlung der Beträge nach von Beamten, Verbehalten der Betriebszulage und Auszahlung des Paragraphen 25 des Besoldungsgesetzes in der vom Reichsausschuss verlangten Weise.

Der Gesamtverband verweist auf den Ernst der Lage und erwartet bestimmt die Erfüllung seiner Wünsche.

Stellungnahme des Hamburger Beamtenbundes. Das Bundeskartell Groß-Hamburg des Deutschen Beamtenbundes hat in einer außerordentlichen Konferenz am 2. Dezember über anschließenden Bescheidungen

tionen einschließlich der als Wähler anwesenden Vertreter der Hamburger Beamtenschaft eine Entschlüsse angenommen, in der ausgedrückt wird, daß das Bundeskartell geschlossen hinter der Forderung des Deutschen Beamtenbundes steht, da die wirtschaftliche Not der Beamtenschaft ihre Höchsthöhe erreicht habe. Im Interesse der gesamten deutschen Volk sei es notwendig, schnellstens und rücksichtslos von allen Ständen die Steuern einzufordern, wodurch eine Hebung der Wäler erreicht und die Kaufkraft der Wäler verbessert werde. Großen Volksfurchungen und den Beamten würden bei Lohn- und Gehaltskürzungen die Steuern sofort einbehalten, so daß sich das Gerechtigkeitsgefühl empöre gegen die Kapitalverschiebungen und Steuerkürzungen kapitalkräftiger Berufen und Unternehmungen. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß die Beamten erforderlichenfalls auf Anweisung des Deutschen Beamtenbundes bewußt zum äußersten Mittel greifen würden.

Neuer erst Lage wegen der neuen Beamtenforderungen.

Berlin, 9. Dezember. (tu.) In politischen Kreisen sieht man mit Sorge auf die neuen Beamtenforderungen. Reichsfinanzminister Wirth ist fest entschlossen, jurisdiktoren, wenn für die Beamten mehr bewilligt wird, als ihnen wegen der Finanzlage zugestanden werden kann. Und vielleicht dreht es nicht bei dem Rücktritt des Finanzministers. Auch der Reichshausier wird, wie die Berliner Morgenpost erfährt, seinen Rücktritt erklären, wenn die Regierungsparteien sich nicht an die Vereinbarungen halten. In letzter Stunde haben gestern noch Verhandlungen stattgefunden, um eine Verständigung nach zu versuchen. So erwogen die Regierungsparteien, ob innerhalb der schon bewilligten Mittel vielleicht eine andere Lösung der Frage dergestalt möglich wäre, daß den Beamten ein Teuerungszuschlag gewährt und die Kinderbeihilfe entsprechend gekürzt werde. Die Reichsregierung aber erklärte, von ihrem Beschluß nicht abgehen zu können. Sie wies darauf hin, daß der Reichsrat keinesfalls zustimmen würde. Die Lage muß unter diesen Umständen als äußerst ernst bezeichnet werden.

Um Oberschlesien!

Korfants rechnet mit einem deutschen Sieg.

In einer Unterredung mit einem Berichterstatter erklärte Korfants: Sollte es den Deutschen durch die Zulassung der Ausgewanderten aus dem Reich gelingen, die Waage auf die andere Seite herunterzudrücken, so wird in Mitteleuropa ein zweites Bajedonien entstehen, denn das obereschlesische Volk würde sich mit diesem Zustand nie veröhnen und es würde mit der Waffe in der Hand seine Wünsche und Rechte verteidigen. Sogar Herr Korfants scheint danach jetzt mit einem deutschen Abstammungssiege in Oberschlesien zu rechnen.

Postkontrolle durch die Entente.

Die Internationalisierte Kommission in Opatowitz hat jetzt die Einführung von technischen Postbetriebe verfügt. Diese Postbetriebe sind berechtigt, den gesamten Betrieb im Post-, Telegraph- und Fernsprechnetz zu kontrollieren. Diese Verordnung der I. A. K. erregt das höchste Bedenken. Die Verfügung dürfte seitens der I. A. K. mit dem ihr durch § 8 der Abstimmungsbedingungen (Art. 88 des Friedensvertrages) gegebenen Vollmachten begründet werden. Danach stehen ihr alle Maßnahmen frei, die zur Sicherung unbeeinträchtigter Abstimmung von ihr selbst für nötig gehalten werden. Die deutsche Bevölkerung kann sich nach den Erfahrungen im Polenstreik aber des Gefährs nicht erwehren, daß polnische und deutsche Taten nicht mit dem gleichen Maße gemessen werden, und erblickt deshalb in der Postkontrolle eine neue Gefahr für ihre Handlungsfreiheit.

Gegen Fürstbischof Vertram.

Die polnischen Bischöfe haben ein Telegramm an den Papst gerichtet, in dem es heißt: Der Fürstbischof von Breslau, Kardinal Vertram, hat die unerschöpfliche Gerechtigkeit seiner Androhung der Exkommunikation

1908 facto verboten, sich an der Plebiszitation ohne besondere Erlaubnis des Ortsparlaments zu beteiligen. Den nicht zu der Breslauer Diöcese gehörenden Geistlichen verbot er überhaupt jedwede Teilnahme an dieser Aktion. Die Verfügung des Kardinals vertrat im ungerechten. Sie leidet die Abstinenz der deutschen Geistlichkeit aus, da 75 % aller Pfarrer in Oberschlesien infolge des Vordringens der preussischen Regierung deutscher Nationalität sind. Die Geistlichen und Pfarrer gehen dadurch ihrer bürgerlichen Beteiligung an der Plebiszitation verlustig. Die Verfügung widerspricht auch dem Versäglich Friedensvertrage. Obgleich für Kardinal Vertram auf eine besondere Vollmacht des Heiligen Stuhles beruft, glauben wir doch, daß dies nicht dem wirklichen Sachverhalt und den Absichten des apostolischen Stuhles entspricht."

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

→ Kurze Verschiebung der Brüsseler Konferenz. Aus Brüssel wird gemeldet, daß die Sachverständigenkonferenz auf Grund Deutschlands erst am 16. und nicht am 13. Dezember stattfinden wird. Vorsitzender der Konferenz wird der frühere belgische Ministerpräsident Delacroix sein. Die englischen Delegierten sind: Brantburn und der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Albany, die französischen Delegierten: Ehrmann, der Frankreich in der Wiederherstellungskommission vertritt, und Segou, Direktor für Handelsangelegenheiten im Auswärtigen Amt. Die deutsche Regierung hat das Gesuch um Aufschub damit begründet, daß ihr erster Abgesandter Bergmann, der aus dienstlichen Gründen noch bis zum 13. Dezember in Paris zurückgehalten wird, noch vor der Konferenz nach Berlin kommen müsse, um dort seine Weisungen in Empfang zu nehmen.

→ Die deutsche Waffenablieferung. Nach offiziellen britischen Aufstellungen hat Deutschland bisher folgende Waffensorten abgeliefert: Geschütze: 30 500, von denen 27 650 zerstört worden sind. Grabenmörser: 6100, davon 5800 zerstört. Maschinengewehre: 63 100, davon 48 300 zerstört. Gewehre: 2 524 900, davon 2 206 400 zerstört. Patronen: 405 Millionen, davon 170 Millionen vernichtet. Granaten: 32 Millionen, davon 18 Millionen vernichtet. In den letzten fünf Monaten sind im besonderen 11 000 Geschütze vernichtet worden, andererseits wurden 6000 Geschütze im Entstehungszustand zerstört.

→ Rücktritt des Bremer Senats. Der aus Mitgliedern der Deutschen Volkspartei und der Deutschen demokratischen Partei bestehende Bremer Senat ist auf Grund eines einstimmig gefaßten Beschlusses zurückgetreten, weil er bei dem Verhalten der sozialistischen Mehrheit der Bürgerschaft die Weisung nicht weiter führen zu können glaubt. Nach der bremischen Verfassung kann in solchem Falle ein Drittel der Bürgerschaft verlangen, daß ein Volksentscheid darüber herbeigeführt wird, ob der Senat zurücktreten oder die Bürgerschaft neu gewählt werden soll. Dieses Verlangen ist von den bürgerlichen Mitgliedern der Bürgerschaft gestellt worden. Bis zu diesem Volksentscheid führt der bisherige Senat die Geschäfte weiter.

→ Besserung im Befinden der Kaiserin. Nach Meldungen aus Doorn ist in dem Befinden der deutschen Kaiserin infolge einer Besserung eingetreten, als sie während der letzten Tage täglich das Bett auf einige Stunden verlassen konnte. Doch fürchtet man bei der rauhen Jahreszeit wieder einen neuen Anfall von Herzschwäche, der dann wieder einen kritischen Zustand bringen kann. Gegenwärtig befindet sich beim Kaiserpaar: Prinz Eitel Friedrich, August Wilhelm, Waldemar mit Gemahlin und die Herzogin von Braunschweig. Aus allen Teilen Hollands und Deutschlands treffen täglich zahlreiche Anfragen nach dem Befinden der Kaiserin ein.

→ Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands. Diese Namen führen von jetzt an diejenigen aus dem Berliner Parteitag verformierten links von den Rechtsunabhängigen stehenden Gruppen. Als Vorsitzende der Partei werden einstimmig Paul Leol und Ernst Däumig gewählt. Zu Sekretären werden gewählt Clara Zeilin, Koenen, Brandler, Stöcker, Bied, Braß, Kemmele. Als Beisitzer werden gewählt Adolph Hoffmann, Thalheimer, Kurt Geyer, Sedert, Gabel.

→ Verhandlungen über die künftigen Kohlenlieferungen. Es finden jetzt Verhandlungen mit der Reparationskommission über die Kohlenlieferungen nach Ablauf des Spa-Bkommens statt. Die deutschen Bevollmächtigten sind der Staatssekretär Bergmann, Generaldirektor Königter, Direktor Rüben und Direktor Walmichraib. Als Vertreter der Arbeitnehmer wohnen den Verhandlungen die Herren Steeger und Franz Schmidt bei.

→ Lösung des Fiume-Konflikts. Der Fiume-Konflikt ist gelöst. Die Legionäre räumen die Inseln Veglia und Arbe, wogegen Italien die von d'Annunzio entworfene Verfassung des Carnaro-Staates anerkennt und mit Bezug auf die praktische Begrenzung des Hafengebietes von Fiume gegenüber Salslavien für die Flotte d'Annunzios eintritt, die einige angrenzende Bezirke einschließen.

→ Abzug der letzten Engländer. Die Engländer, die noch in Seebrügge stationiert sind, werden Ende dieses Monats ihre Station verlassen. Auch die letzten Detachements mit dem noch in Obende vorhandenen Material werden aufgehoben, so daß die belgische Küste vom 15. Januar ab vollständig von fremder Besatzung befreit sein wird.

Geheimbericht über die Stageral-Schlacht Überlegenheit der deutschen Artillerie.

Nunmehr veröffentlicht auch die deutsche Regierung den Geheimbericht des Admirals Scheer über die Schlacht am Stageral an den Kaiser. Der Admiral schilderte zunächst die verschiedenen in Betracht kommenden Möglichkeiten, um die Engländer zur Schlacht zu zwingen. Aber die Anlage der Unternehmung sagt der Bericht Admiral Scheers: Der Befehlshaber der Aufklärungsflotte, Vizeadmiral Hipper, erhielt Befehl, mit der ersten und zweiten Aufklärungsgruppe, dem zweiten Führer der Torpedostreitkräfte auf „Regensburg“, und der zweiten, sechsten und neunten Torpedostrotte am 31. Mai, 4 Uhr morgens, die Tade zu verlassen und aus Sicht von Hornstriff und der dänischen Küste nach dem Stageral vorzustoßen, sich noch vor Dunkelwerden an der norwegischen Küste zu zeigen, damit die Engländer die Kunde von dem Unternehmen erhielten, und während des Spätnachmittags und der folgenden Nacht vor und in dem Stageral Kreuzer- und Handelskrieg zu führen. Das Gros sollte um 4 Uhr 30 Minuten vormittags folgen, die Aufklärungsstreitkräfte während der Unternehmung besetzen und um Morgen des 1. Juni aufnehmen. Die ausliegenden U-Boote erhielten Befehl, daß am 31. Mai und 1. Juni mit dem Auslaufen feindlicher Streitkräfte zu rechnen sei. Das Marinekorps übernahm es bereitwillig, in gleicher Weise die englischen Ausfallbasen an den Hoofden zu blockieren. Der Bericht wendet sich nun der Schilderung des Verlaufes der Unternehmung zu. Die Darstellung gibt zunächst die Vorgänge bis zum Zusammentreffen mit dem Feind, erläutert sodann den ersten Gefechtsabschnitt, das Kreuzergefecht, und den zweiten Gefechtsabschnitt, die daran anschließende Verfolgung der feindlichen Schlachtkreuzer durch die deutschen Aufklärungsstreitkräfte. Das Kernstück des Berichtes, das naturgemäß den breitesten Raum einnimmt, ist

Die Schilderung der Schlacht.

Im Verlauf des Kampfes, sagt Admiral Scheer in seinem Bericht, wurden unsere Vanzetkreuzer zu so hartem Abdrücken gezwungen, daß ich mich genötigt sah, die Linie durch Rechtswendung nach Steuerbord auf Westkurs umzulegen. Unmittelbar nach dem Umlegen der Linie versammelte das feindliche Feuer vorübergehend, zum Teil, weil der von den Torpedobooten zum Schutze der Linie entwickelte Rauch dem Gegner die Sicht benahm, hauptsächlich aber wohl wegen der empfindlichen Verluste, die der Feind erlitten hatte. An sicheren Verlusten (getunten) wurden beobachtet: ein Schiff der „Queen Elizabeth“-Klasse (Namen unbekannt), ein Schlachtkreuzer („Invincible“), zwei Vanzetkreuzer („Vlad Prince“ und „Defence“), ein kleiner Kreuzer und zwei Führer. Schwer beschädigt, zum Teil in Brand geschossen wurden: ein Vanzetkreuzer („Warrior“, später gesunken), drei kleine Kreuzer, drei Führer. Auf deutscher Seite war nur „S. 43“ gesunken. „Wiesbaden“ manövriereunfähig und

„Ragow“ so schwer beschädigt, daß der Befehlshaber der Aufklärungsflotte sich gezwungen sah, das Schiff um 9 Uhr abends im feindlichen Feuer zu verlassen und auf „Moltke“ umzuheizen. Auch die übrigen Vanzetkreuzer und die Spitzschiffe des dritten Geschwaders hatten gelitten, hielten aber ihren Platz in der Linie. Der Bericht fährt dann fort: Den Nachtmarsch anzutreten, war es noch zu früh. Der Feind hätte uns noch vor dem Dunkelwerden nach seinem Willen stellen, die Freiheit des Entschlusses nehmen und schließlich den Rückweg in die Deutsche Bucht vorlegen können. Dem vorzubeugen gab es nur ein Mittel: dem Gegner durch einen

nochmaligen rücksichtslosen Vorstoß einen zweiten Schlag zu versetzen und die Torpedobootflotte mit Gewalt zum Angriff zu bringen. Admiral Scheer geht nun im einzelnen auf die sich neu entwickelnde Aktion, vornehmlich den Angriff aller Torpedobootflotten, ein. Nachdem der Bericht sodann die Lage am 1. Juni morgens veranschaulicht hat, wagt er die beiderseitigen Verluste eingehend ab. Der Gegner verlor im ganzen 189 200 Tonnen. Wir haben verloren im ganzen 60 730 Tonnen. Die Verluste des Feindes sind fast durchweg Totalverluste, während wir die Besatzungen von „Ragow“, „Ebing“, „Moltke“ und die Hälfte der Torpedobootbesatzungen bergen konnten. In einer Schlussfolgerung sagte Admiral Scheer

Die Lehren und Erfahrungen der Stageral-Schlacht zusammen: Den Ausschlag hat unmittelbar und mittelbar die weittragende schwere Artillerie der Großkampfschiffe gegeben. Das Großkampfschiff — Linienerschiff und Kreuzer — ist und bleibt deshalb der Grundpfeiler der Seemacht. — In einem zweiten Geheimbericht an den Kaiser werden Einzelangaben über die Gruppierung der englischen Streitkräfte, über das Verhalten des Gegners während der Nacht gegeben und Folgerungen aus dem Verhalten des Gegners während der Nacht gezogen, die nach Ansicht Admiral Scheers dazu berechtigten, starke Zweifel an der angeblichen Absicht Admirals Jellicoe's, mit Tagesanbruch die deutsche Flotte erneut zur Schlacht zu stellen, zu hegen.

Neueste Meldungen.

Die bayerischen Einwohnerwehren. München. Die „München-Kugelschreiber-Abendzeitung“ läßt sich aus London berichten: Über den Besuch des Chefs der britischen Militärmission, General Malcolm, in München wird an amtlicher Stelle berichtet, der General habe die Führer der bayerischen Einwohnerwehren und militärischen Organisationen gewarnt, ihren Organisationen einen Umfass zu geben, der als Grundinformation für ein Meer benutzt werden könnte. Es sei eine strenge Kontrolle in die Wege geleitet worden, um nachzuweisen, inwieweit die bayerische Einwohnerwehren den Bestimmungen des Friedensvertrages zumwiderlaufe. Der General habe die Erwartung ausgesprochen, daß sich die bayerische Regierung selbst ihrer Verantwortung in dieser Hinsicht bewußt bleibe, so daß anzunehmen sei, daß die Wehren keine Nachmittel anzuwenden brauchen. Ob eine Auflösung oder Beschränkung der Einwohnerwehren erfolgen solle, hängt erst von der nächsten Sitzung des genannten Rates ab, dem die Untersuchungsberichte vorgelegt werden sollen.

Wetterfäden im Thüringer Wald. Halle. Im Thüringer Wald sind durch plötzliche eintreffende starke Schneefälle erhebliche Schäden eingetreten. Zahlreiche Städte und Dörfer des Thüringer Waldes liegen vollkommen im Dunkel, da die Stromleitungen in der Absondenträse teilweise zerstört sind. Die Städte Friedrichsrode, Waltershausen und andere größere Orte sind von der telephonischen Verbindung abgeschnitten, da durch die Schwere des Schnees die telephonischen Drähte gerissen sind. Umfangreiche Wirtschafsarbeiten sind im Gange.

Ausweisung eines polnischen Rebellen. Berlin. Der Chefredakteur des „Dzennit Berlin“, des polnischen Blattes in Berlin, Dr. Gorgack, hat dieser Tage einen Ausweisungsbefehl erhalten. Der polnische Generalkonsul verordnete sich daraufhin beim preussischen Minister des Innern, Serering, für den Ausweisungsbefehl, und der polnische Gesandte, Graf Schelbke, hatte eine persönliche Rücksprache mit dem Minister des Auswärtigen Dr. Simons. Die Polen sind der Ansicht, daß die Ausweisung eine Anstößigkeit auf polnische Maßnahmen gegen deutsche Reaktionen in Polen bedeutet.

Ein Frühlingstraum.

Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehne. (Schluß.) (Nachdruck verboten.)

Gewöhnlich dich an den Gedanken, Wolf! Dann kannst Du auch meiner gedenken, ohne daß es ein Unrecht ist! — Wir dürfen ja einander nichts sein!
Wieder war es still zwischen ihnen; man hörte nur leise die Uhr im Zimmer ticken. Das gedämpfte Licht der Lampe fiel auf ihr totendassenes schmales Gesicht, aus dem die unnatürlich großen Augen fast schwarz hervorsahen. Das goldige Haar war gelöst und umgab ihr Köpfchen wie ein Heiligenschein. Er streichelte ihre zarten Hände, während er sie unverwandt ansah, als wolle er sich ihr Bild fest einprägen. Ihre frühere hinreichende Schönheit besaß sie allerdings nicht mehr, dafür war sie aber von einem fast überirdischen Niedrig, der rührend war. Ihre Augen ruhten sinnend in den seinen, als sie leise fragte: „Nicht wahr, Wolf, Du hast mich doch lieb gehabt?“
Er sah sie nur mit einem Blick an, der ihr alles sagte. Sie lächelte schwach und fuhr dann fort: „Ja, ich weiß es, doch wollte ich es noch einmal von Dir hören, mein Geliebter! — Ach, jetzt kerbe ich gern mit der Erinnerung an meinen Frühlingstraum! Wie war es doch schön, wie hab' ich mich geträumt!“
Da zog er ihre Hände an seine Brust und sagte mit vor Erregung bebender Stimme: „Ja, mein Mädchen, ich hab' Dich lieb gehabt und liebe Dich noch — mehr als alles in der Welt! Du warst ja mein ganzes Glück!“
Selig lächelnd hörte sie ihn an, ihre Blicke tief in sein dunkles Auge tauchend. Behutsam nahm er da ihren Kopf in seine Hände und küßte sie noch einmal — zum letztenmal — lange und schweigend auf den Mund. Dann bettete er sie sanft zurück; sie hatte die Augen geschlossen; doch lag noch der selbe Ausdruck in ihrem Gesicht. — Etwas geräuschvoll wurde da die Tür geöffnet.

„Verzeihen Sie — aber Konwelo muß einnehmen! es ist jetzt die Zeit, Kind.“ sagte Frau Doktor Hamann sanft.
„Schon wieder?“ — O warum weckst Du mich aus meinem schönen Frühlingstraum?“ klagte Mary. Wolf hatte den Wink, der in Frau Hamanns Worten lag, wohl verstanden. „Ich will nun gehen, Mary.“ sagte er, „ich habe noch Dienst heute.“ Jetzt kam das Schwerste für ihn — der Abschied! Wortlos hielt er ihre Hände — er sah ihr an, daß es kein Wiedersehen hier gab, und wider seinen Willen — er wollte ja stark sein, tiefen Tränen über sein schönes dunkles Gesicht. Er hätte aufschreien mögen vor Weh, wie er die zarte Gestalt so hilflos und so ergeben daliegen sah, die er so gern vor allem Leid bewahrt hätte!
„Behüt Dich Gott, mein Wolf.“ flücherte sie leise, wehmütig lächelnd. Dann ging er, begleitet von Frau Hamann. Sehnsüchtig folgten ihm Marys Augen — ach, es war doch so schwer, in der Blüte der Jahre auf alles, was das Leben schön und begehrenswert macht, zu verzichten und aus der Welt zu gehen. Zum erstenmal kamen ihm diese Gedanken — aber sie war zu schwach, ihnen nachzugehen — als Frau Hamann zurückkehrte, fand sie Mary von tiefer Ohnmacht umfassen. „Dacht' ich's doch!“ jammerte sie. Glücklicherweise kam ihr Gatte in dem Augenblick nach Hause, und mit dessen Hilfe gelang es, die Kranke zum Bewußtsein zu bringen. „Warum weckst Du mich? Ich träumte so süß von meinem Frühlingstraum!“ hauchten ihre Lippen. Aber gleich darauf erschütterte ein Hustenanfall ihre zarte Gestalt, und ein heftiger Blutstrom ergoß sich aus ihrem Munde, der das weiße Linnen ihres Bettes purpurn färbte. —
— Nach einer Weile war alles vorbei. Sanft drückte Doktor Hamann der Toten die Augen zu. Tränen glänzten in seinen Augen. „Weine nicht, Frau.“ tröstete er seine schluchzende Gattin, „ihr ist viel erpart geblieben. Geduld wäre sie nicht wieder geworden; es war das Beste für sie. — Sie war mir ebenso lieb wie Dir! — Müde sie sanft ruhen!“
— — —
Weihnachten war's. Wolf hatte das Grab seines Kindes auf das prächtigste geschmückt, und wie so oft, ging er auch heute an Marys Grab. Er fand den alten Berger beschäftigt, dasselbe mit Tannezweigen und Christrosen zu schmücken.
„Grüß Gott, Herr Hauptmann.“ sagte dieser aufstehend und ihn ehrerbietig grüßend.
„Ach, ich sehe, Sie kommen mir zuvor; ich hatte ihr auch Blumen zugebracht.“
„Das lassen wir uns für das liebe schöne Fräulein Mary nicht nehmen.“ wandte der alte Mann ein, „ach,

Herr Hauptmann.“ und er wischte sich die Tränen, die aus seinen Augen tropften, ab, „wie ich das Grab für sie schaukelte, da war es mir, als ginge ein Stück von meinem Herzen mit weg. — Als sie das letztmal hier war, sagte sie schon, daß sie am liebsten ganz herkommen möchte — nun ist es so! Das hätte ich nicht gedacht, daß es sobald schon geschehen sollte! So viel Jugend und Schönheit! — Ja, ja —“ und er nickte wehmütig vor sich hin — „das war eine andere Zeit, wie sie vor ein paar Jahren immer so vergnügt zu uns kam, damals im Frühling.“
Wolf wandte sich ab, weil es heiß in seinen Augen aufquoll; dann entnahm er seiner Brusttasche einen Hundertmarktschein. „Hier, Berger, nehmen Sie das vorläufig — halten Sie das Grab gut im Stande und öfter mal frische Blumen! Weiße Rosen und auch Nagelkäpfchen liebte sie so!“
„Nein, nein.“ wehrte der Alte, „das Grab halte ich so wie so gut.“
— machen Sie keine Sache, Berger, die Blumen sollen doch von mir sein, und ich selbst kann keine für Sie besorgen! Mit dem übrigen machen Sie Ihrem Wilhelm eine Freude; der verdient's — ist ein braver Mensch!“
— Das will ich meinen, Herr Hauptmann, ein Schloffer, wie es kaum einen zweiten gibt.“ nickte der Alte freudestrahlend, „er ist mehr für das Höhere.“
Wolf hatte nicht mehr viel Zeit; Elsa mit ihrem Vater mußte sogleich kommen; er war ihnen zuvorgegangen. „Adieu, Berger.“ verabschiedete er sich, diesem die Hand gebend. „Adieu, Herr Hauptmann, und fröhliche Weihnacht!“
„Fröhliche Weihnacht!“ als ob es für ihn noch etwas Fröhliches gäbe — er lächelte bitter, und sein Blick lag über die winterliche Landschaft. Überall Schnee — die lag er auf den Resten der Tannen — alles wie mit einem Leichentuch bedeckt. Und doch beneidete er die Schiefer, die hier alle so sanft ruhten — so weitentückt und allem Gebend so fern. Es fröstelte ihn; er schlug den Mantel tragen hoch und beflügelte seine Schritte. —
Der Tod seines Kindes hatte Wolf augenfällig verändert. Er war ja immer ernst gewesen, aber so wortlos und einseitig doch nicht. Dazu kam, daß seine sonst so feste Gesundheit gelitten hatte — der Gram und schlaflose Nächte hatten daran genagt. — Mit seiner Frau war er vollständig zerfallen — er hatte jede Gemeinschaft mit

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff

